

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6spaltige Kolonnenbreite oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und im unteren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen, Restanten der Seite 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag einmal.

Redaktion und Haupt-Verlagsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei dreimonatlicher Aufhebung 2.50 Mk., durch die Post 2.75 Mk., auswärts Aufhebungsbüchlein. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Im amtlichen Postverkehrsverzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unverlangt eingehende Namenskarte mit freier Anschrift überlassen.
Redaktion nur mit Druckauftrag: „Saale-Ztg.“ gestattet.
Verleger: Dr. Robert Knorr, Nr. 1140; Dr. August Heilmann, Nr. 176; Dr. Hermann Heilmann, Nr. 1133.

Nr. 556.

Halle a. S., Montag, den 28. November.

1910.

Die Protestversammlung der deutschen Hausbesitzer.

S. & H. Berlin, 26. Nov.

(Nachdr. verb.)
Der Zentralverband hatte der Versammlung folgende Resolution zur Beschlußfassung vorgelegt:

Die heute in Berlin verammelten Hausbesitzer Deutschlands legen entschloßenen Protest ein gegen die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer als einer weiteren Sondersteuer auf den Grundbesitz. Sie erwarten, daß der Reichstag sie ablehnt. Abgehen von allen den Hausbesitz treffenden Schäden vermindert sie die Baukosten, verteuert die Mieten, trifft nicht das Gesamtvolk, ist mittelfristig und wirkt unsozial. Ihr Ertrag wird in Kürzungen auf ihre Erhebungsstellen und die Verminderung der Umsatzsteuer so gut wie Null sein.

Zustizrat Baumert führte in seiner Begründungsansprache aus: Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine hat alle Hausbesitzer Deutschlands eingeladen, um Protest einzulegen gegen die Zuwachssteuer, und zwar nicht nur deshalb, weil diese Steuer eine neue Steuer auf den Grundbesitz ist, sondern auch, weil diese Steuer unheilvolle Wirkungen auf das Wohnwesen und die gesamte Volkswirtschaft ausüben wird. Wir haben die Reichsbesitzer auf unserer Tagung eingeladen und haben die Freunde, daß Regierungsrat Cuno als Vertreter des Reichshausbesitzers hier erschienen ist, desgleichen einige Reichstagsabgeordnete.

Sturmescenen.

Der Vorsitzende erteilte sodann Regierungsrat Cuno das Wort, der folgendes ausführte: Der Gehörtsnachricht, zu dessen Befriedigung Sie hier verammelt sind, ist von den verbündeten Regierungen vorgelegt worden in Erfüllung eines gesetzlichen Auftrages, zu dem der einstimmige Beschluß aller Parteien des Reichstages den Ausgangspunkt bildete. (Große Ausrufe.) Diese Einmütigkeit der Vertreter des deutschen Volkes bildet mehr als Worte und Zahlen ein hereditäres Zeugnis dafür, wie tief der Gedanke einer Reichswertzuwachssteuer im Bewußtsein des Volkes selbst Wurzel geschlagen hat. (Stürmische Ausrufe.) Diese Einmütigkeit aber bietet ebenfalls mehr als Zahlen und Worte Beweis und Gewähr dafür, daß das Reich zur Deckung seines Bedarfs an der Anteilnahme aus dem Ertrage der Steuer einen berechtigten Anspruch hat. (Wiederholte Ausrufe: Nein, Nein, Nein, hören Sie aus und lassen Sie sich heute reden, lauter, lauter.) Daran ändert nichts, daß namentlich in der letzten Monat zahlreiche Kundgebungen gegen die Steuer veranstaltet worden sind. (Lautes Lachen, erneute Schlußrufe.) Zurufe: Halten Sie den Mund, raus mit ihm.) und daß auch Sie verammelt sind am Ihre Bedenken gegen das Gesetz geltend zu machen. (Die Ausrufe der Besammlungsleiter tröpfen sich immer mehr.) Der Redner tritt trotzdem mit großer Ruhe und lauter Stimme weiter. Solche Gegenüberstellungen haben bisher noch stets den Vorzug einer neuen Steuer begleitet und sie haben an der zukünftigen Stelle auf gehörende Beachtung zu rechnen, wenn sie sich im Rahmen des Erreichbaren und Möglichen halten und nicht zu bloßen Protestkundgebungen werden.

Mit dem Danke des Herrn Staatssekretärs des Reichshausbesitzers für die Einladung zu Ihrer Tagung habe ich daher nur den Wunsch zu verbinden, daß Ihre Verhandlungen ein Stück positiver Mitarbeit an der Reichsreform bilden mögen. Die Ergebnisse der Reichswertzuwachssteuer haben sich als unüberwindlich erwiesen. Die notwendigen Ausgaben für die Deckung der Speersorgen und die von allen Seiten gemüßigte Veteranenfürsorge (Stürmische Unterbrechung: Das kann jede andere Steuer auch.) In dem tobenen Lärm gehen verschiedene Sätze des Redners verloren.) Daher erhält die Reichswertzuwachssteuer die Aufgabe, denen ich dienstbar zu erweisen, die zur Machtsstellung des Deutschen Reiches mit eigener Kraft den Grund gelegt haben (Zuruf: Das ist ja nur eine Laune!) und damit zugleich die Aufgabe, Sorge zu tragen, daß die, die die Machtsstellung des Reiches erworben, uns noch erhalten bleiben. Keine andere Steuer... (großer Lärm. Vielfache Ausrufe: die Erbschaftsteuer, die Erbschaftsteuer.) Die Machtsstellung des Deutschen Reiches ist nicht zum mindesten dem Grund und Boden zugute gekommen. Dann ist es aber auch billig, daß ein Teil dieser Frucht der Siderung der Zukunft wieder zugewandt wird. Der Notwendigkeit der Steuer wird sich am wenigsten der Stand der Grundbesitzer hat von jeder den nationalen Bedürfnissen besonderes Verständnis entgegengebracht. (Zuruf: Erbe vererben, als dieser, keines Standes Geschäfte.) Ich bin mehr mit der des Vaterlandes verknüpft. (Zuruf: Leider.) Ich bin hängt also für die Zukunft ab, daß die Segnungen des auf der Machtsstellung des Reiches beruhenden

Friedens erhalten bleiben. (Lobende Unterbrechungen und anhaltende Schlußrufe.) Zustizrat Baumert: Der Herr Regierungsvorredner hat mir allerdings versprochen, auf die Sache selbst nicht einzugehen, ich darf ihn wohl bitten, sich etwas kürzer zu fassen. (Lobhaftes hört, hört. Minutenlanger Lärm, in dem die nächsten Sätze des Redners verloren gehen.) ... Wenn Sie in diesem Sinne hier positive Arbeit leisten, werden Sie mit dem Bewußtsein von hier gehen können, für die Machtsstellung des Deutschen Reiches wirksam beigetragen zu haben und zugleich eine Dankeschuld (die letzten Worte des Redners gehen in höflichen Brandrufen verloren.) Zustizrat Baumert: Ich danke der Versammlung, daß sie den Herrn Vorredner hat ausreden lassen. (Große Heiterkeit.) Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn er sich etwas kürzer gefaßt hätte.

Der Vorsitzende bringt sodann folgendes Hudigungs-telegramm an den Kaiser in Vorlesung: „Die heute aus allen Teilen des Reiches im Zirkus Schumann zum Zweck einer Stellungnahme zur Reichswertzuwachssteuer in großer Zahl verammelten Vertreter des Zentralverbandes der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine entbieten Ew. Majestät vor Beginn ihrer Tagung untertänigsten Gruß und Hudigung als ihrem Schirmherrn.“

Über die Stellung der Wissenschaft zur Reichswertzuwachssteuer

sprach sodann

Professor Adolf Weber (Köln),

der seine Ausführungen mit einer Kritik des letzten Bundesgesetzes der Bodenreformer in Gotha begann, der auch die Freunde der Bodenreformer enttäuscht habe, weil die Führer der Bewegung nicht einmal versucht hätten, die entsetzten Bedenken der Theorie und Praxis gegen die Steuer zu unterstützen. Um Klarheit und Wahrheit war es offenbar den Bodenreformern in Gotha nicht zu tun, sondern nur darum, durch ein geschickt vorbereitete äußeres Schauspiel die öffentliche Meinung, die Regierung, das Parlament über den Ernst der Situation und die immer mehr amwachsende Erregung breiterer Volksschichten hinwegzutäuschen. Die Idee einer Besteuerung des wirklich unerdienten Wertzuwachses, wenn ihre praktische Ausführung möglich und keine größeren volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden davon zu erwarten sind, kann vom Standpunkt der Wissenschaft abgelehnt werden. Unter den genannten Voraussetzungen ist auch Anteilnahme des Reiches an dem Steuerertrag selbstverständlich gerechtfertigt. Aber eine an sich gerechte Idee kann durch die Art der Ausführung zu einer furchtbaren Ungerechtigkeit werden. Ungerecht ist es, wenn man lediglich dem jenseitigen schon mit Zahlen übermäßig bewachten fälschlichen Grund- und Hausbesitz einen Teil des Wertzuwachses wegnehmen wollte. Aber wird sich das schon für das weniger mit Abgaben belastete Kapital rechtfertigen.

Mit der Kuponskizze sei es leichter, unerdienten Wertzuwachs zu machen, als mit dem unbeweglichen Boden. Der Bodenbesitzer muß auch in den Tagen der Not ausdauern, während der Wertpapierbesitzer flüchten kann. Unerschütterlich sei auch die erneute Verurteilung des fälschlichen Grundbesitzes, zumal schon eine formal gleiche Behandlung des fälschlichen und fälschlichen Grundbesitzes den ersten härter trifft als den letzteren. Es handelt sich ja in der Wirklichkeit weniger um einen Wertzuwachs als um eine Wertschwankungsmöglichkeit, und Wertschwankungen seien auf dem durch Zollmauern geschützten Lande viel weniger häufig als in den mitten im wirtschaftlichen Wettbewerb stehenden Städten.

Aber nicht Gerechtigkeits-, sondern in erster Linie Zweckmäßigkeitsvermögen veranlassen die Wissenschaft, mit aller Entschiedenheit gegen die neumbildete Steuer Front zu machen. Vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt aus sei die Steuer das Muster einer Steuer, wie sie nicht sein soll. Redner weist darauf hin, daß neben großen wirtschaftlichen und gewerblichen Verdiensten neuerdings auch der rheinische Verein für Kleinwohnungsneue und der Verband rheinischer Baugenossenschaften gegen das Reichswertzuwachsgesetz protestiert hätten, weil sie nach sehr eingehender Beratung trotz Heranziehung der führenden Männer der Bodenreform zu der Überzeugung gekommen seien, daß eine Verteuerung der Mieten durch die Steuer unermesslich sei. Der antizipale Charakter der neuen Steuer führe heute von unbefangenen Theoretikern und Praktikern nicht mehr bestritten werden, ebensowenig, daß die Steuer eine künstliche Reduzierung und schwere Schädigung des Mittelstandes bewirken müsse. Das Baugewerbe werde in erster Linie zu leiden haben, d. h. das Gewerbe, daß sich weitmas am schlechtesten von allen Gewerbegruppen rentiere. Selbst die Attiengeellschaften des Baugewerbes brachten in den letzten Jahren durchschnittlich nur 3.5 Prozent, d. h. noch nicht einmal die Hälfte des Durchschnittsergebnisses der übrigen Gewerbegruppen. Wie ich leicht es vielleicht dem Hausbesitz gehe, sehe

man daraus, daß nach Dresdener Erhebungen dort die Hausbesitzer, deren Eigentum zur Substantiation gebracht wurde, im Jahre vor der Zwangsversteigerung zu 31 Prozent eine Einnahme von unter 1500 Mark hatten. Tatsächlich sei in unendlich vielen Fällen gerade bei der Wohnungsunternehmung der sogenannten unerdienten Wertzuwachs ein verdientes Äquivalent für jahrelange unerdienten Verluste. Indem man den Mittelstand durch die Steuer im Wohnungsgewerbe zurückdränge, werde gleichzeitig das Großkapital benutzet. Die Wertzuwachssteuer sei eine indirekte Kränkung der großen Terrangegellschaftlichen, die den Kampf mit dem Fiskus besser führen könnten, die imstande seien, höchste und gute Risiken auszuspielen, die in manchen Fällen durch Selbstbebauung der Grundstücke der Steuer ausweichen in der Lage seien und die endlich als die Kapitalmärkten viel leichter als die kleinen und mittleren Unternehmer bis zu der guten Konjunktur ausdauern können, um dann die Steuer abzumildern. Schon die Auswertung Damals, der solide Grundstückshandel müsse liegen, wie viel Lasten er zu tragen habe, genüge, um die Steuer in den Druis zu befördern, denn eine Überlast über die Höhe der Belastung könne bei der Reichswertzuwachssteuer stets erst nach dem Verkauf festgestellt werden. Auch das müsse berücksichtigt werden, daß die Bodenreformer schon jetzt unzufrieden seien mit der zu geringen Höhe der Steuer und immer weiter auf Erhöhung der Höhe drängen würden.

Die Politik des Reichshausbesitzers.

lediglich zu sorgen, daß die Steuer möglichst viel einbringe, sei geradezu ein Hoch auf alle Finanzwissenschaft und Finanzpraxis. Die Steuer beruhe unzweifelhaft auf einem durch und durch sozialistischen Prinzip. Mit Adolf Wagner ist nun Redner überzeugt, daß man etwas wirklich Gutes nicht deshalb ablehnen dürfe, weil es sozialistisch genannt werden könnte. Aber wenn die Regierung eine sozialistische Idee, die gar keinen Nutzen, sondern nur Schäden bringen möchte, in überleiteter Weise dem Deutschen Reich geradezu aufdrängen wolle, so bedeute das ihre Kapitulation vor denen, die grundsätzliche Gegner der bestehenden Wirtschafts- und Staatsordnung seien. Nicht nur der Entwurf, sondern auch das ganze Projekt einer Reichswertzuwachssteuer sei als solches irreparabel. Eine bodenreformistische Wertzuwachsteuer, besser Konstitution, würde auch als kommunalpolitische Maßregel stets ein volkswirtschaftlicher Konfession sein. Die Frage einer möglichen, rein finanzpolitischen Steuer auf wirklich unerdienten Wertzuwachs könne wegen der enormen Schwierigkeit nie zentralistisch, sondern nur dezentralistisch gelöst werden. Es sei hohe Zeit, daß der Reichstag sich nun endlich durch die bodenreformistische Ähren hindurchsetze und klar sehe, wie die Dinge liegen. Das sei es, was heute das gesamte fälschliche Bürgertum zu dem Ausruf veranlasse: Reichstag werde mach, ließe mach, auch dann, wenn es sich schon in a nur handelt um die Interessen des fälschlichen Bürgertums. (Lobhaftes, großer Beifall.)

Der folgende Redner, Zustizrat Westrum (Gelle) verbreitete sich über

die voraussichtliche Wirkung der Wertzuwachssteuer.

Die Zeiten, wo man seinen Kindern mit Zug und Recht den Rat gegeben habe, ihr Geld nicht in wertlosen Aktien, sondern im Grundbesitz anzulegen, weil dies die beste Kapitalanlage sei, seien längst und für immer dahin. Der Grundbesitz sei in einer geradezu ungeheuerlichen Weise überlastet und wenn ein englischer Minister einmal herüber gefahrt habe, mehr wie 100 Prozent vom Einkommen brauche niemand zu verlieren, so sei das in Bezug auf den Grundbesitz in manchen Gegenden Deutschlands nicht mehr zutreffend, denn dieser zahle hier und da schon 130 bis 140 Proz. Der Redner erläuterte dies an Beispielen aus seiner hannoverschen Heimat und beschränkt unter diesen Umständen die Reichswertzuwachssteuer nicht nur als ungerecht und im Prinzip verfehlt, sondern belämpft sie auch als volkswirtschaftlichen Standpunkte aus verwerlich. Der Gedanke der Wertzuwachsteuer sei nichts weiter als eine Modelei, deren Durchführung aber Haus- und Grundbesitz völlig entreden würde. Der Hinweis auf die Erbe in Staats- und Gemeindefassen und das Bedürfnis nach neuer Steuerquellen sei verfehlt, denn die Haus- und Grundbesitzer hätten sich noch niemals der Anteilnahme an den Lasten des Reiches entzogen, wenn sie gleichmäßig verteilt würden. Die Wertzuwachsteuer aber solle ein Ausnahmestück gegen die Hausbesitzer werden und hiergegen müßten sich diese mit allen Kräften wehren. Der Redner werde sich in diesem Sinne auch gegen die Ausführungen der „Norddeutschen An-

